



Jetzt wird's kriminell

Der sog. EU-Rettungsschirm (ESFS) für vor dem Staatsbankrott stehende EU-Mitglieder ist beschlossen. Er wurde zunächst mit 400 Milliarden Euro dotiert.

Kaum in dieser Grösse beschlossen, wird die für diesen Rettungsschirm veranschlagte Summe als zu klein beurteilt. Eine Erhöhung auf **750 Milliarden** ist bereits in der Phase der Beschlussfassung. Und mit Blick auf zunehmend in Schieflage geratende EU-Grossstaaten wie **Italien** sowie auf die rettungslose Überschuldung von **Frankreichs Banken** ist von Finanzspezialisten bereits zu vernehmen, der Rettungsschirm müsste im Blick auf diese EU-Grossstaaten auf sage und schreibe **2'000 Milliarden Euro** aufgestockt werden.

Wer hat soviel Geld?

Der Gretchenfrage zum Rettungsschirm ESFS wird allerdings beharrlich ausgewichen: Welcher Staat in Europa verfügt über 400, über 750 oder gar über 2'000 Milliarden Euro? Die Antwort ist so klar wie schockierend: Kein EU-Staat «besitzt» solche Summen. Allesamt sind sie überschuldet.

Was also tun die überschuldeten Staaten? Sie geben ausschliesslich «**Garantien**» ab gegenüber dem geplanten Fonds. Effektives Geld wird nicht einbezahlt. Erst der Fonds macht aus diesen Garantien effektives Geld – mittels **Notenpresse**. Das so geschaffene Geld soll bedrohte Staaten vor Staatspleiten bewahren. Es wird ausschliesslich mit «Kunstgeld» operiert. Dieses entsteht, indem die EU-Staaten als Garantiegeber des ESFS sich **gegenseitig beteuern**, auf **solidem Finanzfundament** zu stehen, womit auch alle von ihnen gesprochenen Garantien solide seien. Auf derart herbeigeredetem Fundament können dann selbst Bankrotteure als «Garantiegeber» für den Rettungsschirm auftreten. Sie müssen ja nur garantieren, nicht effektiv bezahlen.

Instrument mit «Hebelwirkung»

Seit der «Bedarf» an Rettungsgeldern auf gegen 2'000 Milliarden veranschlagt wird, kommen

allerdings selbst bei EU-Schulden-managern Zweifel auf: Kann solche Fonds-Dotation allein aus «Garantien» organisiert werden?

Aus den Fragen entstanden neue Ideen: Man könnte diesen «Rettungsschirm» als **Bank** aufziehen – zwecks Nutzung von «**Hebelwirkung**». Das würde wie folgt funktionieren: Die garantierten 400 Milliarden für den EU-Rettungsschirm würden, sobald dieser Rettungsschirm als Bank organisiert würde, zum **Eigenkapital** dieser «Bank» erklärt. Obwohl das Eigenkapital nur virtuell existiert, versichern sich die EU-Staaten gegenseitig die Solidität dieses Fundaments des Rettungsschirms. Weil jede Bank weit über den Betrag ihres Eigenkapitals hinaus geschäftet könne, dürfe der EU-Rettungsschirm mit diesem als «solide» deklarierten «Grundkapital» mindestens den **fünffachen** Betrag als **Kredite** vergeben – auch an faktisch bankrotte Länder, die selber als Garanten für den Rettungsfonds auftreten: Bankrotte Länder entnehmen einer virtuellen Kasse Darlehen aus effektivem Geld.

Auf solch verantwortungslosem «Fundament» ist 2008 die **US-Subprime-Krise** ausgebrochen. Die, die sie verschuldet haben, sind inzwischen – wenigstens zum Teil – als **Kriminelle** ins Gefängnis gewandert.

Die EU konstruiert mit dem ESFS ein Schuldenkonstrukt, welches weit grösser und gefährlicher ist als das US-Subprime-Konstrukt. Auch ihr Handeln ist **kriminell**.

Scheitert der ESFS, dürften ganze Länder in die **Armut** gestürzt werden.

Goldreserven, nicht Schulden-Jongliererei garantieren Staaten das gesunde Finanzfundament. Alles andere ist **Selbsttäuschung**.

Ulrich Schlüer